Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 12. | Dresden, Donnerstag den 16. Januar 1913. | 24. Jahrg.

In Nienburg (Anhalt) und Bernburg wurden sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

Nach längerer Pause wurden heute in Berlin die Verhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Holzgewerbe wieder aufgenommen.

Die Botschafter in Konstantinopel haben sich endlich über den endgültigen Wortlaut der Kollektivnote geeinigt, während die Verbündeten ihre Note noch zurückhalten wollen.

Bei der von der vereinigten Linken der Kammer und des Senats vorgenommenen Probeabstimmung für die französische Präsidentschaft erhielt Ackerbauminister Pams die meisten Stimmen.

Das Ende der deutschen Sozialpolitik!

Die Kompottschüssel der Arbeiter ist nun gefüllt! Was es auf dem sozialpolitischen Gebiete zu tun gab, ist in Deutschland geschehen. Nun ist Schluß! Nun muß ein Ruhepunkt eintreten. Das ist das „sozialpolitische Programm" der deutschen Reichsregierung, das gestern im Reichstage der Staatssekretär für das Reichsamt des Innern, Herr Delbrück, auf die Rede unseres Genossen Fischer-Berlin hin, laut und deutlich dem deutschen Volke verkündete. Nur noch kleine Aenderungen der bestehenden Gesetze könnten im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte in Betracht kommen, meinte der Minister gegen Sozialpolitik — sonst wüßte er nichts, was es für ihn noch zu tun gäbe! Die Arbeiter wissen nun, woran sie sind, was sie von der Reichsregierung fernerhin zu erwarten haben. Und man kann Herrn Delbrück daher nur dankbar dafür sein, daß er die Absichten der Regierung so offen dargelegt hat: die Arbeiter werden sich danach einrichten.

Die Regierung hat sich mit dieser Proklamation vom Ende der Sozialpolitik die Gunst der Kraut- und Schlotjunker und der anderen Arbeiterfeinde wieder gesichert, die Herr Delbrück zuvor dadurch verscherzte, daß er den Scharfmachern gegen das Koalitionsrecht nicht zu folgen vermochte. Denn das Sturmlaufen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, mit dem Graf Westarp, der Redner der Konservativen, am Dienstag begonnen hatte, fand gestern eine Fortsetzung. Daß der Führer der Reichspartei, der Freiherr v. Gamp, der an einer ganzen Reihe großkapitalistischer Unternehmungen finanziell stark beteiligt ist, in dieselbe Kerbe schlug wie Graf Westarp, war nicht anders zu erwarten, das entsprach der ganzen Stellung und dem Wesen der Reichspartei, deren hervorragendster Führer einst Herr v. Stumm war. Auffällig und für die Unzuverlässigkeit dieser Partei bezeichnend war es dagegen, daß das Zentrum, das früher die Umsturz- und Zuchthausvorlage verworfen hat, gestern eines ihrer in sozialpolitischen Fragen rückständigsten Fraktionsmitglieder ins Treffen schickte, den oberbayrischen Malermeister und Zünftler Irl, dessen traktionäre Mittelstandsrede in dasselbe Verlangen nach einem Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter, nach einer Verkümmerung des Koalitionsrechts ausklang, das vor ihm Graf Westarp und v. Gamp erhoben hatten. Was diese Redner abermals zur Begründung eines Verbots des Streikpostenstehens und eines größeren Schutzes der „Arbeitswilligen" vorzubringen wußten, war freilich so wenig beweiskräftig, daß ihre Argumentationen die Regierung sich unmöglich zu eigen machen konnte. Der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte denn auch, daß er an seinen Ausführungen in der Rede vom 10. Dezember vorigen Jahres nichts zu ändern habe. Er sieht in dem Verbot des Streikpostenstehens aber nicht etwa ein großes Unrecht gegen die Arbeiter, das er nicht mitmachen würde — zu einer solchen sozialen Auffassung kann sich ein deutscher Staatssekretär, dem die sozialpolitische Gesetzgebung anvertraut ist, nicht aufschwingen. Herr Delbrück findet nur, daß ein solches Verbot ein „untaugliches Mittel" sei. Denn sein juristisches Gewissen sagte ihm, daß der Tatbestand des Streikpostenstehens nur sehr schwer festzustellen sei. Und daß, wie Herr Delbrück mitteilen konnte, infolge des letzten Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet etwa zweitausend Anklagen erhoben worden sind, darunter viele hunderte gegen Frauen und jugendliche Personen, die sicher nicht von den Gewerkschaften mit Streikpostenstehen beauftragt worden sind, ist selbst dem Regierungsvertreter ein Beweis dafür, daß „das geltende Recht genügt", — d. h. auch ein neues Zuchthausgesetz nicht viel schlimmer gegen die streikenden Arbeiter wirken kann, als die heutige Klassenjustiz es bereits tut. Einem „tauglichen Mittel", also einem Vorschlag, der die Arbeiterorganisationen auch wirklich treffen könnte, würde demnach die Regierung kein „Nein" entgegensetzen. Herr Delbrück hat ja auch angekündigt, daß, falls der Versuch nach einer Beschränkung des Koalitionsrechtes im Reichstage immer wiederkehre — wofür die Arbeiterfeinde schon sorgen werden —, eine Berechtigung der Klagen und Forderungen anerkannt werden müsse. Damit wollte er den Arbeitern den Rat geben, sich danach einzurichten, was nichts anderes bedeuten konnte, als daß sie das Streiken unterlassen sollten — dann bleibt das Koalitionsrecht unangetastet!

Darum handelt es sich allerdings: Das Koalitionrecht würde die Unternehmer wenig oder vielmehr gar nicht genieren, wenn die Arbeiter keinen Gebrauch davon machen wollten. Die ganze Hetze läuft ja auch nur darauf hinaus, den Arbeitern das Streiken und jedwedes andere Streben nach Verbesserung der Lebenslage unmöglich zu machen. Nicht nur eine Unmöglichmachung der gewerkschaftlichen Organisationen und der Lohnkämpfe verlangten die Redner der Konservativen, der Reichspartei, des Zentrums und zum Schlusse der Antisemit Werner, sondern auch eine Vernichtung der Konsumvereine. Und eine furchtbare „Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft" sah der Großkapitalist von Gamp in der „Volksversicherung", gegen die nach seiner Aufforderung alle bürgerlichen Parteien gemeinsam Sturm laufen müßten. Es war also nichts anderes als eine erneute Kriegserklärung der reaktionären Parteien gegen jedwedes Streben der Arbeiter, die im Reichstage in den letzten Tagen verkündet worden ist. Die Regierung hat die Scharfmacher ja auch keineswegs vollständig abgewiesen, sondern sie auf die „Reform" des Strafrechts vertröstet, die in nicht ferner Zeit kommen wird und die Wünsche der Arbeiterfeinde erfüllen soll. Und sie wird mit der ganzen Sozialpolitik nun Schluß machen. Die Arbeiter sollten jetzt zufrieden sein, sagte Herr Delbrück. Die Antwort, die er und die reaktionären Parteien von den Arbeitern erhalten werden, wird aber ganz anders lauten — dessen sind wir sicher!

Die anderen Redner, v. Graefe von der konservativen Fraktion, Dr. Doormann von der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberale Schwabach und ein Pole — die sich alle u. a. auch, wie die ersten Redner und Staatssekretär Delbrück, mit Wetterlé beschäftigten —, konnten wenig Aufmerksamkeit mehr finden. Dagegen erwies sich am Schlusse der Sitzung das hohe Haus Herrn Werner-Gießen dankbar, indem es auf dessen antisemitische Clownspäße mit dem wohlverdienten Gelächter antwortete.

Die Beratungen über den Etat des Reichsamts des Innern werden heute fortgesetzt.

Spanische Parteikämpfe.

Als der spanische Ministerpräsident Canalejas vor zwei Monaten ermordet wurde, schien der Ausbruch einer Krise in der herrschenden liberalen Partei unvermeidlich. Canalejas war es in der letzten Zeit gelungen, sich zum wirklichen Führer der Demokraten und Liberalen zu machen, und sein plötzlicher Tod konnte leicht die alten Gegensätze innerhalb der liberalen Partei wieder lebendig werden lassen. Darauf rechneten die Konservativen, denen das Ministerium Canalejas schon viel zu lange gedauert hatte. Auf Grund des seit einem Jahrhundert in Spanien üblichen Rotationssystems, nach dem in gewissen Zeitabschnitten die Konservativen und die Liberalen abwechselnd an die Regierung kommen, hielten es die Anhänger des früheren konservativen Ministerpräsidenten Maura für selbstverständlich, daß nun sie wieder zur Bildung des Ministeriums berufen würden. Die Konservativen erlitten die erste Ueberraschung, als Alfons der Dreizehnte den liberalen Kammerpräsidenten Graf de Romanones zum Ministerpräsidenten machte. Gereizt durch diese Versündigung am Rotationssystem, kündigte die konservative Presse an, daß vom 1. Januar an die Konservativen nun erst recht wieder die Herren sein würden. Die sozialistische und die republikanische Presse blieb die Antwort darauf nicht schuldig. Ohne ihre Oppositionsstellung gegenüber dem liberal-monarchistischen Ministerium aufzugeben, erklärte sie, daß das Volk vor keinem Mittel zurückschrecken dürfe, um die Wiederkehr Mauras, der die Erschießung Ferrers befohlen hatte, zu verhindern. In großen öffentlichen Versammlungen, die in der Hauptstadt Madrid und in der Provinz stattfanden, betonten Genosse Pablo Iglesias und republikanische Führer, wie Melquiades Alvarez und Sorriano, daß eine Berufung Mauras die Revolution zur Folge haben könnte.

Ob sie damit nicht zuviel prophezeiten, läßt sich einstweilen nicht kontrollieren: aber Alfons XIII. hat sich die Mahnungen zu Herzen genommen. Als der Graf Romanones ihm zu Ende des Jahres 1912 die Vertrauensfrage stellte, löste der König die „Krise" dadurch, daß er Romanones beauftragte, auf seinem Posten zu bleiben. Und zwar traf er diese Entscheidung, ohne den konservativen Führer Maura zu Rate zu ziehen, wie es bis dahin Brauch war. Diese völlige Ausschaltung brachte den ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten in eine furchtbare Wut, der er dadurch einen demonstrativen und theatralischen Ausdruck verlieh, daß er seinen Posten als Abgeordneter und Führer der konservativen Partei niederlegte. Die Aufregung, in die die politischen Parteien durch diese Demission versetzt wurden, ist begreiflich, wenn man sich erinnert, welche Rolle Maura seit Jahren in der spanischen Politik spielt. Niemand bestreitet ihm, daß er ein außerordentlich befähigter Kopf ist, und die Konservativen wissen, daß sie in erster Linie Maura das Ansehen verdanken, in dem sie bei der Krone stehen, und daß nur Maura imstande ist, durch die Macht seiner Persönlichkeit die Gegensätze zu überbrücken, die sich auch unter den Konservativen immer schärfer ausbilden. Den monarchistischen Liberalen konnte die Demission Mauras ebenfalls nicht angenehm sein, denn sie bedeutet nicht einen liberalen, sondern einen Sieg der Republikaner und Sozialisten. Und da die politische Tätigkeit der Liberalen sich von der Aktion der Konservativen nicht so stark unterscheidet, als es ihr „Programm" vermuten lassen könnte, hat die liberale Partei gar kein Interesse daran, daß die Konservativen sich spalten oder einflußlos werden. In ihren Augen könnte nur die antimonarchistische Opposition dadurch gewinnen. Das erklärt die Audienz, die der liberale Ministerpräsident dem konservativen Führer Maura sofort nach dessen Demission beim König verschaffte — das erklärt die liebenswürdigen Worte, die der Graf von Romanones fand, indem er sagte, daß die Demission Mauras ihn eher traurig mache als verblüffe.

Es gab nur sehr wenig Stimmen, die Mauras Demission für eine „Komödie" erklärten . . ., aber diese wenigen behielten recht. Als er genug Deputationen empfangen, genug Adressen erhalten, genug konservatives Lob gesammelt hatte, nahm Maura seine Demission als Abgeordneter und als Parteiführer rasch wieder zurück.

Heute ist nun wieder alles beim alten: oder doch nicht. Alfons XIII., der seit der portugiesischen Revolution in Angst um seine eigene Krone lebt, würde sich wohl morgen noch mehr als gestern hüten, Maura zur Kabinettsbildung zu berufen, wenn eine neue Krise ausbrechen sollte. Es hat sich gezeigt, daß am Hofe selbst eine Strömung entstanden ist, die vor den Folgen einer brutalen Unterdrückungspolitik, wie sie von Maura stets durchgeführt wurde, zurückschreckt.

Aber wird diese vorsichtige liberalisierende Politik die Monarchie in Spanien retten? Selbst die Monarchisten wagen es nicht, diese Frage allzulaut zu bejahen. Dabei läßt sich nicht einmal sagen, ob der König der liberalen Fahne treu bleibt, oder ob er bei der nächsten Gelegenheit wieder nach rechts fällt. Seine Mutter und seine Großmutter haben auch Anfälle von „Liberalismus" gehabt, aber immer den Weg zu den Konservativen wieder zurückgefunden, und zwar stets über die Kirche. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß kurz nach der jüngsten Krise der Posten des spanischen Gesandten am Vatikan, der unter Canalejas verwaist war, wieder besetzt werden sollte. Und es will nicht viel heißen, wenn Romanones ankündigen läßt, daß die Besetzung des Gesandtschaftspostens am päpstlichen Hofe keinerlei Einfluß haben würde auf die Kirchenpolitik des liberalen Ministeriums. Wie Canalejas wird sich wahrscheinlich Romanones bemühen, die Schwierigkeiten der „klerikalen Frage" dadurch zu überwinden, daß er ihr aus dem Wege geht und am Bestehenden nichts Wesentliches ändert — dem Programm seiner Partei und seinen eigenen Versprechungen zum Trotz.

Die Ansprüche der katholischen Kirche, die in Spanien auch von den liberalen Ministerien Unterjochung verlangt und erreicht, sind für die Krone am gefährlichsten. Romanones hat z. B. von jeher die Schulfrage als eine der brennendsten bezeichnet. Uebrigens mit Recht. Wie kann er jedoch die Vermehrung der Schulen und ihre „Befreiung" durchführen, wenn er den Kampf gegen den Klerikalismus, der nichts mehr fürchtet als gute Schulen, nicht aufnimmt? Können die Liberalen den festen Willen haben, eine wirklich „liberale" Politik zu machen, wenn sie die Ausschaltung eines Maura aus der Politik bedauern?

Die Dinge in Spanien liegen heute so, daß die Konservativen sowohl als die Liberalen eine Revolution zwar für hinausschiebbar, aber für unvermeidlich halten. Große innerpolitische Kämpfe bereiten sich vor. Dadurch, daß König Alfons das Ruder des Staatsschiffes dem energielosen und korrumpierten Liberalismus anvertraut, wird er das Volk nicht zur Ruhe bringen. Spanien braucht gründlichere Operationen, um seinen gesunden Körper von dem Aussatz der Korruption zu befreien, der heute an ihm frißt.

Deutsches Reich.

Der Bundesrat und der Duellunfug.

Vor einiger Zeit hatte der Reichstag zwei Resolutionen gegen das Duell angenommen. In der einen wurde u. a. gefordert, daß die Ablehnung eines Zweikampfes aus religiösen oder sittlichen Bedenken nicht zum Gegenstande eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden dürfe.

In einer zweiten Resolution wurde eine Aenderung des Militärstrafgesetzbuches in dem Sinne verlangt, daß bei der Bestrafung des Zweikampfes und bei der Herausforderung zum Zweikampfe auf die Nebenstrafe der Entlassung aus dem Heere zu erkennen sei.

Jetzt liegt eine Entschließung des Bundesrats über die beiden Reichstagsresolutionen vor. Es wird dort u. a. erklärt:

> Eine Beseitigung der Zweikämpfe kann nur durch Maßnahmen angestrebt werden, die sich an die Angehörigen aller Stände wenden und geeignet sind, eine Wandlung der zurzeit in weiten Kreisen über die Wahrung der verletzten Ehre herrschenden Ansichten herbeizuführen. Die in Vorbereitung befindliche Revision des Reichsstrafgesetzbuchs wird Gelegenheit zur Prüfung bieten, inwieweit durch die anderweite strafrechtliche Behandlung der Beleidigungen den Zweikämpfen vorgebeugt werden kann.

Ferner wird gesagt:

> Religiöse Ueberzeugungen oder sittlich gerechtfertigte Bedenken gegen den Zweikampf sollen von den Ehrengerichten und Vorgesetzten stets gewürdigt und sollen ebensowenig wie Streitigkeiten dienstlicher oder privatgeschäftlicher Natur zum Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden. Derartige Versuche werden grundsätzlich zurückgewiesen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130116/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG